

Kieler Nachrichten - Kieler Zeitung vom  
04.05.2018, Seite 11

## Kita: Bund überweist weniger Geld als bisher

**KIEL.** Die frisch gewählte SPD-Bundesvorsitzende Andrea Nahles hat die Landesregierung aufgefordert, „die Gebührenfreiheit der Kitas in Schleswig-Holstein durchzusetzen“. Der Bund stelle dazu die „nötigen“ Mittel bereit, sagte sie in Kiel. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) schüttelte darüber den Kopf, weil der Bund teils sogar weniger Geld überweist als bisher.

Nahles begründete ihre Forderung mit dem geplanten „Gute-Kita-Gesetz“, das gestern auch zum Auftakt des Treffens der Jugend- und Familienminister in Kiel beraten wurde. Demnach soll Schleswig-Holstein in den nächsten drei Jahren insgesamt 119 Millionen Euro zusätzlich erhalten, und zwar 17 Millionen (2019), 34 Millionen (2020) und 68 Millionen (2021). Der Haken: Zeitgleich spart der Bund

seine Kompensationsmittel für das Betreuungsgeld ein. Die 29,7 Millionen Euro im Jahr kamen den Kitas zugute.

„Als Finanzministerin fühle ich mich veräppelt“, sagte Heinold. „2019 erhalten wir für den Kita-Bereich vom Bund rund zwölf Millionen Euro weniger als in diesem Jahr. Und auch wenn die Bundeszuweisungen in den nächsten Jahren steigen, reicht die Höhe bei weitem nicht aus, um die Beitragsfreiheit für die Kitas herzustellen.“

Die GroKo in Berlin will zudem das Kindergeld bis 2021 um 25 Euro erhöhen. Die Kosten trägt zu 42,5 Prozent das Land. Unter dem Strich füllt der Bund damit nicht die Kasse des Landes, sondern leert sie. 2019 fehlen Schleswig-Holstein gut 27 Millionen Euro, 2020 gut 25 und 2021 sogar mehr als 40 Millionen Euro. *ubi*

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 04.05.2018 , Seite 20

## Große Nachfrage nach Flüssiggas

Wirtschaftsminister Bernd Buchholz freut sich über Umfrage unter potenziellen Kunden eines LNG-Terminals in Brunsbüttel

**BRUNSBÜTTEL** Laut dem Wirtschaftsministerium in Kiel hat der geplante Bau eines Terminals für das emissionsarme Flüssiggas (Liquid Natural Gas, LNG) in Brunsbüttel (Kreis Dithmarschen) eine entscheidende Hürde genommen. Eine Bestimmung von Marktinteresse und Identifikation von möglichen Terminalkunden sei positiv verlaufen, heißt es vom Investor, der German LNG Terminal. Jetzt sollen weitere Gespräche folgen.

„Wir sehen uns darin bestätigt, dass unser Leistungsportfolio dem Kundenbedarf entspricht. Wir liegen weiter voll

im Zeitplan. Mit dem notwendigen Genehmigungsprozess haben wir bereits begonnen“, erklärt Katja Freitag, Unternehmenssprecherin von German LNG Terminal. „Läuft es weiter nach Plan, ist für Ende 2019 bei Vorliegen einer Genehmigung die endgültige Investitionsentscheidung für den Standort Brunsbüttel vorgesehen. Der Bau kann dann starten, so dass das Terminal voraussichtlich 2022 in Betrieb gehen kann.“ Das Terminal in Brunsbüttel könnte laut dem Konzern einmal in der Lage sein, rund zehn Prozent des deutschen Gasbedarfs zu decken.

Das Investitionsvolumen

für das Terminal liegt bei 450 Millionen Euro. Die Landesregierung unterstützt die Pläne und will für die Koordination des Projekts in den kommenden Jahren jeweils 250 000 Euro ausgeben, sieht aber auch den Bund in der Pflicht, Fördermittel bereitzustellen.

Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) erneuerte gestern diese Forderung, weil es in Deutschland noch kein derartiges Import-Terminal gebe. Er sei guten Mutes, dass es in Brunsbüttel entstehe. „Es gibt eine große Anzahl von potenziellen Kunden, und das ist ja die Voraussetzung für die

Wirtschaftlichkeit des LNG-Terminals. Ich finde, das ist eine sehr, sehr gute Botschaft.“ Das bringe das Genehmigungsverfahren weiter voran. Von Brunsbüttel aus sei eine Einspeisung ins Erdgasnetz möglich. Zudem gebe es dort viele energieintensive Unternehmen, die sofort LNG abnehmen könnten, so Buchholz. Die Nähe zu Hamburg und zum Nord-Ostsee-Kanal sei für den Weitertransport von Vorteil. Zudem passe das Projekt „in die Zeit“, da die Nutzung von LNG für Kreuzfahrtschiffe, Fähren und Lkw umweltschädliche Emissionen reduziere. *Kay Müller*